

# Umweltschonender Transport

CDU-Kreisverband fordert ebenfalls die Verlegung von Stromleitungen unter die Erde

**Landkreis.** „Keine Angelegenheit im Gebiet des Landkreises Oldenburg und der weiteren betroffenen Kreise beschäftigt die Bevölkerung so, wie der geplante Bau einer weiteren Freilandhochspannungsleitung der E.on, für die das Raumordnungsverfahren derzeit läuft“, schreibt der CDU-Kreisverbands-Vorsitzende Hans-H. Hubmann an den niedersächsischen Ministerpräsidenten Christian Wulff, CDU. Mit einem sieben-seitigen Antrag fordert der CDU-Kreisverband Oldenburg-Land die Verlegung der umstrittenen Stromtrasse in der Erde. Der Netzbetreiber E.on Netz hingegen plant, die Leitung als Freileitung auch durch die Gemeinde Ganderkesee und die Samtgemeinde Harpstedt bis nach St. Hülfe überirdisch zu verlegen.

In seinem Antrag gibt der Kreisverband unter anderem der Befürchtung Ausdruck, dass eine „erhebliche Beeinträchtigung der Lebensqualität“ durch eine Freileitung zu erwarten sei. So sei nachgewiesen, dass der für die Leitung vorgesehene Grenzwert der magnetischen Induktion (Tesla) das Risiko schwerer Erkrankungen für Anwohner stark steigere. Ein weiteres Ri-



*Keine weitere Starkstrom-Freileitung für den Landkreis Oldenburg fordert der CDU-Kreisverband jetzt in einem Antrag an Christian Wulff.*

*Foto: Manns*

siko spricht der Kreisverband mit der jetzigen Eis- und Schneekatastrophe im Münsterland an, wo Freileitungen aufgrund der Schnee- und Eislast gerissen, Strommasten umgeknickt waren. Nicht zuletzt sieht der CDU-Kreisverband „schwerwiegende Eingriffe in Natur und Landschaft“ durch die geplante 380-kV-Freileitung.

Aus den Befürchtungen leitet der Kreisverband seine

„Forderungen und Alternativen“ ab. Statt einer Freileitung wird die Erdverlegung gefordert. Eine Möglichkeit der Verlegung unter die Erde sei die Gasisolierte Leitung (GIL), die zwar betriebswirtschaftlich teurer, volkswirtschaftlich und ökologisch jedoch sinnvoll sei.

Zugleich wirft der Kreisverband die Frage auf, ob diese Trasse, die den an der Küste erzeugten Strom aus Windenergie in das Landesinnere transportieren soll, überhaupt notwendig sei. So gebe es Möglichkeiten der Aufrüstung vorhandener Leitungen durch innovative Maßnahmen wie etwa Temperaturmonitoring.

„Umweltschonend erzeugte Energie muss auch umweltschonend transportiert werden“, schreibt Hans-H. Hubmann abschließend an den Ministerpräsidenten. „Das war und ist unsere zentrale Forderung. Und das gelingt nur durch die Erdverlegung.“ Jetzt sei die Politik gefordert. Während der Bund für die Genehmigung von Windparks (offshore) zuständig sei, sei es Aufgabe des Landes Niedersachsen, die Ableitung der gewonnenen Energie durch ein raumordnerisches Gesamtkonzept zu regeln.